

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

26.2.1909 (No. 56)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 26. Februar

No 56

1909

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben sich unter dem 20. Februar d. J. gnädigt bewogen gefunden, den nachgenannten Offizieren und Unteroffizieren des 8. Württembergischen Infanterieregiments Nr. 126 „Großherzog Friedrich von Baden“ die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

A. vom Orden vom Zähringer Löwen: das Ritterkreuz erster Klasse:

dem Major und Bataillons-Kommandeur Eugen Oskar Glück;

das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub:

dem Stabs- und Bataillonsarzt Dr. Otto Loos;

das Ritterkreuz zweiter Klasse:

dem überzähligen Hauptmann Cornelius Christian Georg Engelhart und dem Oberleutnant und Regimentsadjutanten Heinrich Karl Tobias;

B. die silberne Verdienstmedaille:

dem Unterzahlmeister Oswald Storch.

Nicht-Amtlicher Teil.

Der Fall Berger.

Wir haben gestern das Urteil im Prozeß gegen Kapitän Berger mitgeteilt. Ein Rückblick auf die Verhandlungen scheint angemessen. Kapitän Berger hat geglaubt, daß ihm Unbill widerfahren sei, daß er einen „Kampf ums Recht“ führen müsse. Sehr zu seinem Schaden. Denn die umfassende Beweisaufnahme hat eine Fülle von Tatsachen ergeben, die sowohl dem Gerichtshof wie jedem unbefangenen Beurteiler die Überzeugung gewährt haben, daß dem Kapitän keinerlei Unrecht geschehen ist, daß vielmehr die schweren Anschuldigungen, die er erhoben hat, jeder Begründung entbehren. Weder die von ihm bezichtigten Offiziere, noch das Marinekabinett, noch irgend eine andere Instanz ist durch die langwierige Gerichtsverhandlung belastet worden. Dagegen würden mancherlei Umstände bekannt, die nicht zu gunsten des Kapitän Berger sprechen. Seine Ehre wird davon nicht berührt; aber daß er sich nicht für eine höhere Befehlshaberstelle eignete, wird nicht bestritten werden können. Daß ein Mann, in der Vorstellung, unbedientes Ungemach zu erleiden, das klare Urteil verliert, in der Leidenschaft und Verbitterung ungerechte Angriffe erhebt, in zutreffender Kritik böswillige Voreingenommenheit, in warnenden Freunden beeinflusste oder gehässige Gegner sieht, wer will es nicht begreifen? Bedauerlich aber ist es, wenn er in seinem erklärlichen Irrtum noch von Personen bestärkt wird, die er für unbefangene hält, wenn er statt von voreiligen Schritten abgehalten zu werden, Unterstützung in seiner falschen Taktik erfährt, die schließlich zu seinem Nachteil ausschlagen muß. Es ist für eine Behörde nicht angenehm, gegen einen Offizier, der lange Zeit dem Vaterlande gedient hat, Strafantrag zu stellen. Man wird verstehen, daß sie sich dagegen sträubt, so lange es geht. Aber wenn es nicht mehr geht, wenn sie gezwungen wird, den Strafrichter anzurufen, um nicht den Schein aufkommen zu lassen, als habe sie die Öffentlichkeit zu scheuen, so trifft nicht sie die Verantwortung für die Folgen. Die „Vossische Zeitung“ weist auf ähnliche Fälle hin. Der Oberst Hüger beispielsweise hat allerlei Anklagen in Broschüren erhoben und die Zeitungen für die Vertretung seiner Sache zu gewinnen gesucht. Die meisten, nicht alle, erkannten unschwer, daß das Unrecht, dem er zum Opfer gefallen sein sollte, nur in seiner Einbildung bestand. Das Kriegsministerium wollte ihn offenbar schonen. Es wollte einen Prozeß verhüten. Aber da fanden sich Sachwalter des Offiziers, die solange öffentlich gegen das Kriegsministerium eiferten und den „Fall Hüger“ sensationell aufbauschen, bis die gerichtliche Feststellung des Tatbestandes unvermeidlich war. Für den Obersten Hüger wäre es nützlich gewesen, wenn der Prozeß unterblieben wäre. So ähnlich ist es in manchen anderen „Fällen“ gegangen. Die dem Kapitän Berger bei seinen Veröffentlichungen zur Seite standen, haben ihm einen schlechten Dienst geleistet.

Er hat in seinem „Kampf ums Recht“ den Kürzeren gezogen, weil sich handgreiflich herausgestellt hat, daß er Unrecht hat, so handgreiflich, daß er seine Anklagen nicht aufrechterhalten konnte. Die Marineverwaltung ist makellos aus diesem Prozeß hervorgegangen. Und wenn Kapitän Berger sich nicht eher beruhigen wollte, als bis ein vertrauenswürdiges Gericht sein Urteil fällt, so ist dieser Zeitpunkt jetzt für ihn gekommen.

Parlamentarisches aus Bessen.

2 Darmstadt, 25. Februar.

Die Hauptaufgabe der Zweiten Kammer, die heute ihre Beratungen wieder aufnimmt, ist zunächst die Verabschiedung des Staatsvoranschlags für 1909. Die Verabschiedung desselben wird insofern glatt vor sich gehen, als eigentliche Differenzen zwischen Regierung und Volksvertretung kaum vorhanden sind, aber die schlechte Gestaltung des Budgets, die hauptsächlich in der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung ihren Grund hat, wird zu mancher Betrachtung Anlaß bieten. Nur unter weitgehender Heranziehung von früheren Ueberflüssen und des vor einigen Jahren geschaffenen Ausgleichsfonds ist es gelungen, den Etat ohne Steuererhöhung zu balancieren, aber für das nächste Jahr wird eine beträchtliche Erhöhung der Staatssteuern nötig werden, wenn nicht außerordentlich günstige Umstände eintreten. Der Gesamtetat schließt mit 83 425 634,31 M. ab, wovon 62 654 436,53 M. auf den Verwaltungsetat u. 20 771 197,78 M. auf den Vermögensetat kommen. Der Verwaltungsetat zeigt eine Mehrausgabe von 2 421 431 M. 52 Pf., wovon allerdings 1 033 116 M. auf einen durchlaufenden Posten für die Landesbankkassen kommen. Trotz aller Sparsamkeit mußten u. a. die Ausgaben für das Ressort des Ministeriums des Innern um 406 062 M. erhöht werden, ferner stiegen u. a. noch die Zuschüsse für die Staatsschuld von 12 309 304 M. auf 13 114 926 M., die Pensionen von 3 273 216 M. auf 3 485 408 M., so daß allein bei diesen drei Positionen die Ausgaben um 1 433 875 M. stiegen. Bei dieser Finanzlage und solange die Reichsfinanzreform nicht unter Dach ist, kann an die Regelung der Beamtenbefoldungsfrage nicht herangetreten werden.

Sehr nachteilig für die Gestaltung des Gesamtetats wirkt die ungünstige Entwicklung der Eisenbahn-einnahmen ein, die mit 2 050 000 M. weniger angelegt werden mußten. Auch bei den Stempelsteuern ist mit einem Ausfall von rund 700 000 M. zu rechnen, was ebenso wie der Rückgang der Eisenbahneinnahmen in der ungünstigen wirtschaftlichen Lage seinen Grund hat. Im Vermögensetat sind an Anleihen für Eisenbahnzwecke 9 707 590 M. und für andere außerordentliche und im allgemeinen nicht verbundene Zwecke 4 137 565 M. vorgesehen, so daß die jetzt 407 038 434 M. betragenden Staatsschulden wiederum um 14 Millionen wachsen. Die Einnahmen aus der hessisch-preussischen Eisenbahnschuld decken zum erstenmal nicht mehr die Verzinsung der gesamten Staatsschuld. Sie sind mit 12 950 000 M. angelegt, während die Staatsschulden 13 641 265 M. Zinsen erfordern, wovon auf die Eisenbahnschuld 10 563 300 M. kommen. Die schlechte Finanzlage kommt auch bei den staatlichen Neubauten zum Ausdruck, die einen Uebergang zu sparsamerer Bauweise zeigen. Eine größere Summe ist für den Ausbau des Dammbauwesens am Rhein vorgesehen.

Die Erste Kammer, die am Samstag zusammentritt wird sich zunächst auf Grund des sog. Gläufigen Vermittlungsvorschlages mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen. Voraussichtlich wird dabei der Umfang der verfassungsrechtlichen Kautelen noch einmal festgesetzt werden, auf Grund deren die Herrenkammer der Einführung des direkten Wahlverfahrens zu den Wahlen der Zweiten Kammer zustimmen will, worauf dann die Regierung voraussichtlich eine neue Vorlage einbringen wird.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 24. Februar.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden ohne Debatte erledigt die dritte Lesung der Rechnung über den Reichshaushalt für 1903 und 1904, sowie die Ueberflüsse der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete und der Südeisen für 1904.

Bei der darauf folgenden Beratung der zweiten Lesung der Ueberflüsse der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für 1906 beantragt die Rechnungscommission Erledigung durch Kenntnisnahme.

Abg. Erzberger (Ztr.) beantragt dagegen die Entlastung vorbehaltlich der bei Prüfung der Rechnung sich etwa ergebenden Erinnerungen. Eine genau und strenge Prüfung sei unerlässlich. Im übrigen wäre eine schriftliche Berichterstattung der Rechnungscommission zu wünschen. Die Etatsüberschreitungen sind gerade bei diesem Etat recht bedenklich. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Görde (natl.), Korvettenkapitän Drenkmann und Erzberger (Ztr.) wird der Antrag Erzberger angenommen. Der Gegenstand ist damit erledigt.

Bei der zweiten Lesung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für 1896/97 bemängelt Abg. Erzberger (Ztr.) die außerordentliche Verzögerung dieser Rechnungslegung, 13 Jahre seien vergangen, seit diese Ausgaben gemacht worden seien. Eine materielle Prüfung habe jetzt nur noch geringen Wert. Die meisten verantwortlichen Beamten seien inzwischen schon verstorben. In den afrikanischen Kolonien scheinen vor 13 Jahren besonders böse Zustände in wirtschaftlicher Beziehung geherrscht zu haben. Selbst der Rechnungshof weiß nicht genau, was mit dem Gelde geschehen ist. Die Kolonialverwaltung möge uns bald die Rechnung von 1901 bis 1904 vorlegen. Sonst hat die Nachprüfung keinen Wert mehr. Vielleicht sind Vorberichte angebracht.

Direktor im Reichskolonialamt Dr. Conze: Vorberichte werden in Zukunft erstattet werden. Die unnachweislichen Ausgaben sind hervorgerufen durch die damalige Ninderpest. An der bisherigen Nichtvorlegung der Rechnung für 1901 bis 1904 ist die Reichskolonialverwaltung unschuldig.

Abg. Koste (Soz.): Unsere frühere Kritik an dem Kolonialwesen wird durch diese Art der Rechnungslegung glänzend gerechtfertigt. Die schuldigen Beamten sollten regreppflichtig gemacht werden.

Abg. Dr. Görde (natl.): Es ist selbstverständlich streng zu rügen, wenn, wie es damals geschehen, Leute in die Kolonien geschickt werden, die vom Rechnungswesen nichts verstehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Schwarz-Sippstadt (Ztr.) und Rugan (Fr. Vpt.) wird dieser Gegenstand für erledigt erklärt, ebenso die Rechnung für den Haushalt des ostafrikanischen Schutzgebietes Kamerun, Togo, Südwestafrika und die Südeisen für 1898.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr.
Tagesordnung: Petitionen und Freiheit des Grunderwerbs.
Schluß nach 4 Uhr 45 Minuten.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 25. Febr.

Präsident Graf Stolberg eröffnet um 2¼ Uhr die Sitzung.

Zunächst werden Petitionen erledigt, die von der Petitionskommission zur Verhandlung im Plenum als ungeeignet befunden wurden. Es wird sodann die erste Beratung des Antrages der Polen betr. die Freiheit im Grunderwerb fortgesetzt.

Graf Westarp (kons.): Der Antrag spricht sich nicht ganz klar aus was er will. Der betreffende Teil will das Ansiedlungsrecht von 1904 und 1908, in dem das Enteignungsrecht ausgesprochen ist, ausschalten. Die Behauptung, daß irgendjemand irgendwo in der Bewegungsfreiheit infolge seines Glaubensbekenntnisses beschränkt worden sei, ist haltlos. Die Polen wollen den Angehörigen in der Provinz Posen glaubhaft machen, daß Polnisch katholisch, Deutsch aber evangelisch sei.

Zur Reichsfinanzreform.

* Berlin, 25. Febr. Zu der in der Steuerkommission des Reichstages wiederbeginnenden Beratung sind mehrere einzelstaatliche Finanzminister eingetroffen. Die Entgegennahme des Berichts der Subkommission und von Anträgen füllte die erste Sitzung aus.

* Berlin, 25. Febr. In der Finanzkommission des Reichstages erstattete der Berichterstatter Bericht über das Kompromiß, das in der zur Beratung eines Entwurfes für eine Nachlaststeuer eingesetzten Subkommission erzielt wurde. Das Kompromiß hat folgenden Inhalt: Bis zum 1. Januar 1911 ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen nach reichsgesetzlichen Grundsätzen die Besteuerung des Besitzes eingeführt wird. Die Ausführung wird den Einzelstaaten überlassen mit der Maßgabe, daß im Gesetz der Höchstbetrag auf 150 Millionen M. festgesetzt wird. Die zu erhebenden Quoten werden alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt. In der Zeit vom 1. April 1909 bis 1. April 1912 sind von den Bundesstaaten nach folgenden Grundsätzen an das Reich folgende Beträge zu leisten:

1. Die Verteilung der Beträge wird wie bisher nach der Kopfzahl bestimmt.
2. Der von den Bundesstaaten aufzubringende Höchstbetrag wird auf 150 Millionen Mark jährlich festgesetzt.
3. Die jährlich zu erhebenden Quoten werden durch den Reichshaushaltsetat bestimmt.

4. Die Bundesstaaten sind verpflichtet, die auf sie entfallenden Beträge durch allgemeine Besitzsteuern (Vermögenssteuer usw.) zu erheben. Die Beträge sind vierteljährlich nach näherer Anweisung durch den Bundesrat an das Reich zu entrichten.

Zur Lage am Balkan.

(Telegramme.)

Der türkische Kabinettswechsel.

Konstantinopel, 24. Febr. Die Beunruhigung, welche durch den Sturz Kiamil Paschas in gewissen Kreisen hervorgerufen wurde, hat sich infolge des Erlasses, das der neue Großwesir Hilmi Pascha in der Kammer gehalten hat, gelegt. In politischen Kreisen meint man, der Handelsminister Noradunghian Effendi hätte, als nach der unerwarteten Absetzung des Kriegs- und des Marineministers der Minister des Innern Hilmi Pascha, der Justizminister Refik Bey und einige andere Minister ihre Entlassung gaben, gleichfalls zurücktreten sollen. Von unterrichteter Seite wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Minister am Tage nach der von Kiamil Pascha vollzogenen Absetzung ihrer beiden Kollegen zum Ministerrat in der Hofkapelle erschienen und als sie sahen, daß der Kriegsminister und der Marineminister durch andere ersetzt waren, ruhig mit den neuen Ministern bis zum Abend arbeiteten, ohne daß sie gemagt hätten, eine Aufklärung zu verlangen. Erst am zweitnächsten Tage gaben einige Minister die Demission, denen nach und nach andere folgten. Man konnte bemerken, daß sie von einem latenten Druck getrieben wurden. Noradunghian folgte nicht ihrem Beispiele, da er der Meinung war, daß man schon am ersten Tage hätte Erklärungen verlangen müssen, bevor man mit den neuen Ministern zusammenarbeitete. In diplomatischen Kreisen bemerkt man, die Aktion Kiamil Paschas sei nicht verfassungs- mäßig, wohl aber unangemessen gewesen. Wenn Kiamil Pascha einen Ministerwechsel beabsichtigte, hätte er dies leicht auf anderem Wege erreichen können. Dagegen habe sich die Kammer konstitutionell verhalten, weil sie Kiamil Pascha verurteilte, ohne ihn gehört zu haben. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Noradunghian Effendi nach dem Sturz Kiamil Paschas es zunächst abgelehnt hat, in das von Hilmi Pascha gebildete Kabinett zu treten und sein Portefeuille nur auf dringendes Zureden des neuen Großwesirs behielt. Das neue Kabinett macht übrigens in allen Kreisen einen günstigen Eindruck, wozu auch die Annahme des Portefeuilles des Neuzugers Mustafa Pascha beiträgt.

Serbien und Osterreich.

St. Petersburg, 25. Febr. Die gestern durchweg kriegerische Stimmung der russischen Presse hat heute einen weniger bedrohlichen Charakter. Die „Novoje Wremja“, die noch gestern eine aufgeregte kriegerische Sprache geführt hat, schreibt heute unter der Überschrift: „Man stirbt sich in den Abgrund.“ Unsere Radikalen treiben das unglückliche Rußland, das am wenigsten von den Nachbarländern kriegsbereit ist, in den Krieg. Unsere Revolutionäre erinnern sich daran, was ein unglücklicher Krieg für einen Aufruhr wert ist. Die eifrigen Bemühungen unserer äußeren und inneren Feinde gehen dahin, unser Staatswesen endgültig zu ruinieren. Noch niemals war unser Vaterland so schwachlich zur Abwehr. Vor uns liegt der Abgrund. Warum sollen wir uns fremder Interessen wegen hineinstürzen? Die „Worzenzeitung“ schreibt: Rußland hat keinerlei Aussicht auf die Hilfe Frankreichs, und die Spekulation auf die englisch-deutschen Gegensätze wäre verfehlt. Rußland will nicht den Krieg. Wir brauchen den Frieden zur Durchführung der inneren Reform. Die deutsche „St. Petersburger Zeitung“ und der „Serold“ sprechen sich gleichfalls energisch gegen den Krieg aus. Das Kabettenblatt „Slovo“ dagegen schreibt: Wir dürfen das unglückliche Serbien nicht verlassen und können den Einmarsch österreichischer Truppen in Belgrad nicht dulden.

Paris, 25. Febr. In einem „Rußland und Serbien“ betitelten Artikel erklärt der „Temps“ gegenüber den Auslassungen eines hiesigen Morgenblattes, daß die von ihm befürwortete Politik keineswegs in Widerspruch zur französisch-russischen Allianz stehe; Rußland selbst hatte schon 1876 (wie wir im gestrigen Leitartikel der „Karlsruh. Ztg.“ ausgeführt haben), um sich die Neutralität Osterreichs zu sichern, zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Osterreich seine Zustimmung gegeben. Es handelt sich nicht um eine Festsetzung oder Verringerung Serbiens, es genügt, den Serben zu erklären, daß sie nichts von ihrem Gebiete verloren und deshalb auch keine Verzichtung haben, eine Gebietsentschädigung zu verlangen, welche ihnen übrigens niemand, auch Rußland nicht, jemals verheihen hat.

Konstantinopel, 25. Febr. Nach dem jungtürkischen Blatt „Tanin“ übersteigt das Defizit des Gesamtbudgets nicht eine Million Pfund. Nach Blättermeldungen wird das Budget in der nächsten Woche der Kammer vorgelegt werden.

Konstantinopel, 25. Febr. Wie „Zeni Gazetta“ und „Yedam“ erfahren, wird sich der neue Minister des Neuhern, Rifaat Pascha, zunächst nach Wien begeben und dann über St. Petersburg nach Konstantinopel reisen.

Saloniki, 24. Febr. Ein türkisches Torpedoboot hielt bei Aulo, Halbinsel Longos, zwei von Hydra kommende Barken an, die griechische Komitassas an Bord hatten. Die Griechen behaupteten, sie seien Fischer und boten das griechische Konsulat um Schutz. Dieses erbot gegen ihre Festnahme Einspruch.

London, 25. Febr. Mit Bezug auf die Lage Bulgariens und das Gerücht, daß seine Unabhängigkeit anerkannt worden sei, mag festgestellt werden, daß die bulgarische Regierung in Erwiderung ihrer kürzlichen Andeutung von der britischen Regierung davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß der britische Standpunkt stets der gewesen sei, daß der Berliner Vertrag ohne die Einwilligung aller Signatarmächte nicht geändert werden könnte.

Aus Rußland.

(Telegramme.)

Die Interpellation Asew.

St. Petersburg, 25. Febr. In der Reichsduma bemerkt der Referent in der Interpellation über die Asew-Affaire, Graf Dobrański (gemäßigter Rechte), die Kommission schlage vor, die Interpellation der Kabettenpartei anzunehmen und diejenige der Sozialdemokratie abzulehnen.

Als erster Redner sprach Pokrowsky (Soz.) über Asews Tätigkeit und folgte zum Schluß, der Regierungsgeneral Asew habe mit Wissen der Regierung eine Provoaktion in ausgedehnter Weise geübt und an einer ganzen Reihe terroristischer Morde und Ausschreitungen mitgewirkt.

Nach Pokrowsky sprachen zwei Redner des extremen rechten Flügels, welche darauf hinwiesen, daß kein genügender Grund zu einer Interpellation vorhanden sei, da das ganze Material aus verdächtiger Quelle der Sozialisten und Revolutionäre stamme. Die Interpellation wäre infolgedessen entschieden abzulehnen.

Der Abgeordnete Bergament begründete in längerer Rede die Interpellation der Kabetten. Sodann ergriff Ministerpräsident Stolypin das Wort und erklärte: Angesichts der Ausführungen der vorhergehenden Redner erscheint mir die Interpellation ungenügend begründet, da die ihr zu Grunde gelegten Tatsachen demjenigen Material, über das die Regierung verfügt, widersprechen. Die Beschuldigungen, die aus der Interpellation zu folgern sind, ertönten aus dem revolutionären Lager. Ich nehme daher an, daß die Duma, nachdem sie mich angehört, finden wird, daß in der Handlungsweise der Regierung kein Grund zu einer Interpellation wegen gesetzwidriger Handlungen vorliegt. Erwarten sie von mir keine Verteidigungs- oder Entschuldigungsrede. Indem ich die Interpellation persönlich beantwortete, möchte ich die ganze Angelegenheit vom rein staatlichen Standpunkte beleuchten. Der Minister ging sodann auf die Tatsachen über und erklärte, zunächst den Begriff Provoaktion feststellen zu wollen. Er wies darauf hin, daß die Revolutionäre vorzugsweise alle diejenigen mit diesem Ausdruck bezeichnen, durch die ihre Absichten und Taten der Regierung bekannt würden, während diese nur die Urheber von Verbrechen Provokatoren nennen könne. Asew, den er wieder verteidigen noch beschuldigen wolle, sei ein gewöhnlicher Polizeigagent, dem jetzt legendäre Eigenschaften und eine Reihe von Verbrechen nach revolutionären Quellen zugeschrieben würden. Der Minister schilderte ausführlich die Beziehungen Asews zu den Revolutionären an verschiedenen Orten Rußlands und des Auslandes und seine Beziehungen zum Polizeidepartement von 1892; er wies auf die vom Polizeidepartement festgestellte Tatsache hin, daß die Hauptenergie einer revolutionären Organisation, wenn es sich um die Ausführung von Verbrechen handle, immer am Tatorte anwesend seien, um den Willen der den terroristischen Akt ausführenden Person zu stärken. Dieser Umstand sei bei der Beurteilung der Tätigkeit Asews in Betracht zu ziehen. Was speziell die Ermordung des Gouverneurs von Ilsa und des Ministers Plehwe angehe, wolle er vier Fragen stellen, nämlich: Wo befand sich zu dieser Zeit Asew? Welche Rolle spielte er in der Partei? Welche Angaben machte er der Polizei? Prüfte die Polizei die Tätigkeit ihres Agenten nach diesen Morden? Alle diese Fragen könnten vollkommen beantwortet werden. Die Aufenthaltsorte Asews waren, erklärte der Minister, der Polizei bekannt. Unter den Revolutionären war er noch nicht in Berührung mit der Aktionspartei, daher konnte er nur zufällig einiges erfahren; der Polizei gab er wichtige Angaben, die sich vollkommen bewahrheiten. Da Asews Stellung unter den Revolutionären bis 1906 keine einflussreiche war, konnte er bei den Attentaten dieser Jahre weder eine Rolle spielen, noch sie verhindern. Erst 1906 wurde er Vertreter des Zentralkomitees; seitdem sind alle Anschläge des Zentralkomitees festgeschlagen und aufgedeckt, während nur selbständige Organisationen einige Morde ausführen konnten. Das Gerücht über ein Attentat, das angeblich 1908 auf den Kaiser verübt wurde, ist erfunden. Das Zentralkomitee verbreitete das Gerücht darüber, um seine Untätigkeit vor den Revolutionärpartei zu bemänteln. Wenn die Aufdeckung revolutionärer Anschläge durch eine Person, die für eines der Haupt der Revolutionärbewegung galt, ein traurige Tatsache war, war sie es nicht für die Regierung, sondern für die Revolutionärpartei. In der ganzen Angelegenheit braucht die Regierung Recht, während die Revolution der Finsternis bedarf. Selbstverständlich ist es für die Revolution vorteilhafter, Regierungsbeamte verbrecherischer Handlungen zu bezichtigen, als wahre Tatsachen einzusehen. Der Ministerpräsident führte weiter die im „Matin“ von Watari veröffentlichten Enthüllungen an, die gerade das Gegenteil davon bewiesen, was der Verfasser zu beweisen wünsche. Der Ministerpräsident schilderte ausführlich die Tätigkeit Batai und wies auf dessen Verabschiedung aus dem Dienste der politischen Polizei hin, welche wegen des Verdachtes erfolgte, Erpressungen versucht zu haben. (Ausrufe der Entrüstung im Zentrum.) Sofort nach seiner Entlassung sei Batai in das Lager der Revolutionäre übergegangen und lieferte diesen geheime Dokumente und eigene Erfindungen aus.

Der Ministerpräsident ging dann zu einer Schilderung der Tätigkeit Burzew über, dessen revolutionärer Glaube nichts als Terrorismus, Morde, Fürstenmorde und Bomben merkmale. Auch im Ausland sei er deshalb als Verbrecher erkannt, in England sei er zu 18 Monaten Zwangsarbeit verurteilt, aus der Schweiz sei er ausgewiesen worden. Als dritter Ankläger der Regierung ist der frühere Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin, aufgetreten, der jetzt wegen Unterstützung der sozialistischen Revolutionärpartei angeklagt ist, weil er russische Revolutionäre in London empfangen hat, denen er befristete Asew sei Polizeigagent. Ich weise hierauf hin, nicht um ein Urteil über Lopuchin zu fällen: Das wird ein unparteiisches Gericht sprechen. Die Regierung konnte sich aber unmöglich durcheinander gegenüber dem von Lopuchin begangenen Vertrauensbruch zeigen. Aber den Zusammenhang mit der Asew-Affaire genügt es festzustellen, daß auch Lopuchin keine Kenntnis von den angeblichen Verbrechen Asews gehabt hat. Aus dem Angegebenen folgt erstens, daß ich augenblicklich keine Gründe vorfinde, um Beamte irgendwelcher verbrecherischer Handlungen zu bezichtigen. Ich verfüge auch über keine Beweismittel, um Asew der Provoaktion anzuklagen. Zweitens ziehe ich den traurigen aber unvermeidlichen Schluß, daß solange der revolutionäre Terror herrscht, auch der polizeiliche Späherdienst fortbestehen muß. Das Gewissen verpflichtet die Regierung, Kaiser und Staat nicht nur einen äußerlichen Schutz angedeihen zu lassen, sondern sie auch mit den Mitteln des Aufklärungsdienstes zu schützen. Alle Vorkehrungsregeln werden getroffen, damit dieser Dienst nicht ausartet: Solange ich an der Spitze der Regierung stehe, wird sie niemals von der Provoaktion Gebrauch machen. Falls der Regierung irgendwelche Ausartungen bekannt werden, werden sie streng geahndet werden. Denn ich erkläre laut: Die Regierung duldet keine Provoaktion und wird sie nimmer dulden. Ich muß bezeugen, daß als allgemeine Regel unter den Polizeiorganen Ehrgefühl und Eidesreue hochstehen. Ich kenne den Dienst der politischen Polizei und weiß, wie Beamte dieses Dienstes mutig und selbstvergessen der tödlichen Gefahr getrotzt und den Tod gefunden haben. Unsere inneren Aufgaben sind der vernünftigen Majorität klar, doch können diese Aufgaben leider nur auf einem von Bomben und Provoaktionen bedrohten Wege erreicht werden. Das ganze Polizeisystem, das im Kampf gegen diese Suche aufgeht, ist nur das Mittel dazu, um ein ruhiges Leben und ruhige Arbeit zu ermöglichen. Der Volkkörper bedarf der Stärkung, das ganze Leben muß aufs neue aufgebaut werden. Mit vielfältigen Freiheiten allein ist es nicht getan. Der Weg zur Gesundheit Rußlands ist von der Höhe des Thrones gesehen worden. Die Duma ist berufen, eine gewaltige Arbeit auszuführen. Wir, die Regierung, haben nur Gerüste, die den Bau erleichtern sollen, aber unsere Gegner weisen auf die Gerüste als auf mißgestaltete Gebäude hin, und haben mühsam darauflos, um sie zu fällen. Meine Herren! schloß der Ministerpräsident, das Gerüstwerk wird unvermeidlich stür-

zen, es wird vielleicht auch uns unter den Trümmern begraben, doch möge dies erst geschehen, wenn das neue Gebäude, mindestens in seinen Grundzügen unter den Trümmern sichtbar wird, das Gebäude des erneuten freien Rußlands, frei im besten Sinne des Wortes, d. h. befreit von Armut, Unwissenheit, Rechtlosigkeit, einmütig treu dem Kaiser. (Ausehnender Beifall rechts und im Zentrum.) Diese Zeit naht und wird kommen ungeachtet aller Enthüllungen, denn unser ist nicht nur die Kraft, sondern unser ist auch das Recht. (Beifall rechts und im Zentrum.)

St. Petersburg, 25. Febr. Durch kaiserlichen Ukas sind die Reservisten und Mannschaften der Jahrgänge 1897—1905 zu sechsmonatigen Lagerübungen einberufen. Die Übungen finden im Laufe dieses Sommers statt.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 25. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Legationsrat Dr. Seyb und den Minister Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. Nicolai.

(Deutscher Ostmarkenverein.) Einer uns zugehenden Mitteilung entnehmen wir folgendes: Der kürzlich veröffentlichte Aufruf der hiesigen Ortsgruppe konnte nur kurz die beiden Hauptaufgaben des Vereins angeben. Sie bestehen einerseits in der Betätigung in wirtschaftlicher, nationaler Meinarbeit und andererseits in der Aufklärungs- und Werbearbeit. Es wird dem Wunsche der bereits der hiesigen Ortsgruppe beigetretenen Mitglieder, aber auch weiterer Kreise, die dem Verein noch zweifelnd gegenüberstehen, entsprechen, über dessen Tätigkeit näheren Aufschluß zu gewinnen. Einen vollen Einblick sollen die geplanten Vorträge, deren erster in nächster Zeit zu erwarten sein dürfte, geben, aber eine vorläufige genügende Übersicht mögen die folgenden Angaben bieten: In wirtschaftlicher Richtung betätigt sich der Verein durch 1. Förderung des deutschen Genossenschaftswesens (neuerdings Gründung von Kleinverbraucher-Genossenschaften und einer ostmärkischen Grundbesitzer-Genossenschaft), 2. Gewährung der Vermittlung von Darlehen, Unterstüßungen und Hypothekenübernahmen, 3. Verkaufvermittlung von Grundstücken, Apotheken usw., um sie in deutschem Besitz zu erhalten, 4. Stipendienverteilung an Schüler, Seminaristen usw., 5. Zuführung deutscher Handwerker (Gewerbeauskunftstelle), Apotheker, Anwälte, Ärzte. In der Richtung der Aufklärung und Werbung betätigt sich der Verein durch 6. Veranstaltung von Unterhaltungsabenden und der großzügigen „Deutschen Tage“, 7. Gründung und Förderung von Büchereien, 8. Herausgabe der Monatschrift „Die Ostmark“ und sonstige Pressebetätigung, 9. Anregung und Vorbereitung neuer Gesetzbearbeitungen, 10. Bewachung der national-politischen Bewegung im In- und Auslande, besonders in der Presse und auch in der Literatur. In einer wöchentlich zweimal erscheinenden Korrespondenz „Aufschau im Ostenlager“ findet sich ein vorzügliches Material, um die großartige, nie rastende polnisch-nationale Bewegung Schritt für Schritt verfolgen zu können.

Es ist erfreulich, aus dem Munde vieler zu hören, wie weitgehend es schon jetzt der hiesigen jungen Ortsgruppe gelungen ist, das Interesse für die Ostfrage wachzurufen, und zwar selbst in Kreisen, die bis jetzt dieser so schwer wiegenden, ja nachgerade zu einer Selbsthaltungsforderung für unser Reich heranwachsenden Frage „kühl bis ans Herz hinan“ gegenübergestanden haben.

(Aus der Sitzung der Strafkammer I. vom 19. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Mülling. Vertreter der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor O. K. Eine Anklage wegen Unterschlagung und Betrugsversuchs führte in dem heute zunächst zur Verhandlung stehenden Falle den schon wiederholt vorbestraften Fuhrmann Karl Adolf Köhler aus Mannheim vor Gericht. Der Gerichtshof bestrafte den Angeklagten mit 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Wochen Untersuchungshaft. — Eine Reihe von Straftaten waren der 38 Jahre alten Ehefrau Christine Brude r geb. Spiegle aus Bingen zur Last gelegt; sie hatte sich wegen Diebstahls im Rückfall, Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Die Angeklagte wurde unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Der vielfach vorbestrafte 31 Jahre alte Tagelöhner Karl Nied aus Karlsruhe, der zurzeit wegen Widerstand 8 Monate Gefängnis verbüßt, erhielt wegen Diebstahls eine Gesamtsstrafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. — Der als Arbeiter im hiesigen Güterbahnhof beschäftigte Radfahrer Robert Wiegand aus Ebsbach hatte in der Zeit vom 10. April 1908 bis 9. Januar d. J. im Gebiet des Eisenbahnhofs verschiedene Diebstähle ausgeführt. Das Gericht erkannte gegen Wiegand unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 1 Jahr 6 Monate 2 Wochen Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

(Aus dem Polizeibericht.) Während des Karnevalabendes wurde einer Frau in der Kaiserstraße aus ihrer hinteren Rocktasche das Portemonnaie mit etwa 12 Mark entwendet. — In der Nacht zum 22. d. suchte ein Unbekannter, etwa 20 Jahre alter Dursche in einer Wirtschaft in der Bahnhofstraße mit anderen Gästen wiederholt Streit anzufangen, weshalb er schließlich ausgewiesen wurde. Beim Hinausgehen beschimpfte er die Wirtin, worauf der Wirt und ein Bahnarbeiter ihm nachgingen und ihn außerhalb der Wirtschaft zur Rede stellen wollten. Der Unbekannte sprang aber auf die beiden zu und verfechtete dem Wirt einen Stich in den rechten Daumen und dem Bahnarbeiter zwei Stiche in den linken Oberarm. Einen dritten Stich führte er ihm gegen den Unterleib, der aber nur die Kleider durchstach. Hierauf ergriff der Unbekannte die Flucht und entkam. — Gestern abend 7 Uhr wurde der 18 Jahre alte Kettenmacher Karl Mayel aus Gulingen in der Durlacherallee, außerhalb der Brücke, mit einem Schuß unterhalb der Herzgegend an der Straßenböschung von einem Herrn aufgefunden. Diefem gab er an, er sei von einem Unbekannten in die Brust geschossen worden. Der Herr nahm sich daraufhin seiner an und brachte ihn mit der Straßenbahn nach der Polizeiwache I, wo ihm von einem hinzugerufenen Arzte ein Notverband angelegt wurde. Dort gab dann der Verletzte an, daß er infolge Arbeitsmangel sich den Schuß in selbstmörderischer Absicht selbst beigebracht habe. Mayel, dessen Verletzung lebensgefährlich ist, wurde in das städt. Krankenhaus gebracht. — Am Fastnachtstidstag, nachmittags 1/2 Uhr, stürzte ein berittener Maskenagente in der Wolfenbüttelstraße so unglücklich vom Pferde, daß er bewußtlos liegen blieb und sich einen Rippenbruch und eine Quetschung des linken Schlüsselbeins zuzog.

S. Mannheim, 24. Febr. Über die Jubiläumsausstellung liegt jetzt der Rechnungsabschluss nach dem Stande vom 31. Dezember 1908 gedruckt vor. Darnach betra-

igen die Einnahmen 4 263 820 M., die Ausgaben 4 239 080 M., so daß ein Uberschuß von 24 739 M. zur Deckung der Verträge zur Verfügung steht, die etwa noch auf Grund der in den verschiedenen Rechtsstreifen ergehenden Urteile zu zahlen sind. Gegen die Ausstellungsgesellschaft sind noch acht Prozesse anhängig mit einer Gesamtforderung von 50 840 M. Der Dauerartenabsatz übertraf insofern alle Erwartungen, da statt der veranschlagten 8750 Abonnements mit einer Einnahme von 90 000 M. nicht weniger als 92 937 Dauerarten im Betrag von 489 733 M. gelöst wurden. Der Tagesartenverkauf hat mit einem Erlös von 694 404 M. das Doppelte der veranschlagten Summe erbracht. In der Kunsthalle wurden für 446 492 M. Verkäufe abgeschlossen. Davon entfielen auf die deutschen Künstler allein 334 711 M. und auf die ausländischen 111 781 M. Der Gesamterlös für die von der Ausstellung und den Ausstellern selbst errichteten Bauwerke beträgt um rund 1 1/2 Millionen Mark veranschlagt werden. Der Aufwand für die Sonderausstellungen belief sich auf 203 480 M. An Preisen wurden verliehen: 149 goldene, 333 silberne und 215 bronzene Medaillen und 550 Diplome. Der persönliche und sachliche Aufwand für die Geschäftsstelle erreicht die Summe von 144 115 M. In dieser Summe sind auch die Kosten für Reklame und Propaganda mit 100 671 M. enthalten. Die Ausstellung wurde von 4 608 084 Personen besucht. Tageskarten wurden 880 803 gelöst.

4. Millheim, 24. Febr. Nächsten Freitag findet im Rathausaal dahier der Weinmarkt der Stadt Millheim statt. Zu demselben sind im ganzen über 3500 Sektoliter angemeldet. Die Weine stammen aus den besten Lagen des Markgräflerlandes und zeichnen sich durch prächtiges Bukett und feine Kellerbehandlung aus; es ist das Ergußteste, was man in Markgräflertwein bieten kann. Die Preise betragen, je nach Jahrgang und Lage, 35 bis 85 M. pro Sektoliter.

Keine Nachrichten aus Baden. Am vergangenen Samstag war Schlussverhandlung in dem Prozeß des Schenkelegers Ludwig Kaufmann auf Schadensersatz gegen die Stadtgemeinde Mannheim. Kaufmann war an einem Loch im Trottoir hängen geblieben und fiel so unglücklich auf den Kopf, daß er eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Rechtsanwält Dr. Marx beantragte für Kaufmann eine jährliche Rente von 9000 M. Rechtsanwält Dr. Rosenfeld, jun., beantragte für die Stadtgemeinde Schadensersatz. Das Urteil der Zivilkammer lautete wider die Stadt auf Zahlung einer lebenslänglichen Rente von 8700 M. Die Stadt wurde deswegen verurteilt, weil ihre Arbeiter das Loch gegraben und schuldhafterweise weder beleuchtet, noch zugedeckt hatten. In gänzlich durchnähtem Zustand fand sich gestern nacht halb 12 Uhr auf der Wache des 7. Mannheimer Polizeireviers L. (Rindenhof) eine noch unbekannte Fremdsperson ein, welche keinerlei Angaben über ihre Persönlichkeit, Heimat usw. machte und zweifellos kurz vorher sich im Rheine ertränken wollte. Die Unbekannte, etwa 40 Jahre alt, ist anscheinend aus der Rheinpfalz; sie wurde im Sanitätswagen ins Allgemeine Krankenhaus eingeliefert. Der 10 Jahre alte Sohn des Kochflechers Joh. Hecht verstarb Dienstag nachmittag auf der Schwebelgerstraße in Mannheim auf einen Fährstange von hinten aufzustiegen, glitt dabei aus und fiel herunter. Er wurde dabei von einem hinten nachfolgenden zweiten Fährstange überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb. Ob ein Verschulden seitens des Lenkers des Fährwertes vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Am 21. Dezember vorigen Jahres stürzte sich der Hausierer M. Bernhard in Basel in den Rhein. Seine Leiche wurde am letzten Dienstag oberhalb Dreifach beim Rheinwärtershaus gelandet. — Gestern nacht war aus noch unbekannter Ursache in der etwa 20 Minuten von Langenalb (N. Forstheim) gelegenen Sägemühle des Heinrich Jäd Feuer ausgebrochen. Es griff so rasch um sich, daß die Sägerei nicht mehr zu retten war, doch konnte man wenigstens die benachbarten Baulichkeiten retten. Der Schaden an Gebäuden und Sägemehl beträgt 30 000 bis 35 000 M. — Dieser Tage spielten zwei Knaben des Hofbauers Jos. Gutmann in Mühlbach, 6 und 3 Jahre alt, mit Messern, wobei der letztere derart in den Unterleib gestochen wurde, daß er im Spital in Elzach, wohin er alsbald verbracht wurde, doch amends starb. — Dienstag nacht brannte das Anwesen des Landwirts Kromer in Wittelshof (N. Bonndorf) vollständig nieder. Auch zwei Stück Rindvieh und ein Schwein kamen in den Flammen um. An Fahrnissen konnte nur wenig gerettet werden. Der Schaden am Gebäude beträgt ungefähr 4000 M. Man vermutet Brandstiftung.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Neues Palais, 25. Febr. Anlässlich des Geburtstages Seiner Majestät des Königs von Württemberg fand bei Seiner Majestät dem Kaiser Frühstüdtstafel statt. Es waren u. A. geladen der württembergische Gesandte, Reichskanzler Fürst Bülow, Staatssekretär von Schön, der ehemalige Kommandeur des 13. Armee Korps von Lindequist, die Kabinettschefs und die Bundesratsbevollmächtigten Württembergs. — Nach der Tazal nahm der Kaiser einen längeren Vortrag des Reichskanzlers entgegen.

Stuttgart, 25. Febr. Aus Anlaß des Geburtstages Seiner Majestät des Königs veröffentlicht der „Staatsanzeiger“ eine große Zahl von Ordensverleihungen.

Berlin, 25. Febr. Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei hat die Parteifreunde aufgefordert, bei der Stichwahl für Pfarrer Korell (Fr.) einzutreten.

Berlin, 25. Febr. Auf die in der Presse veröffentlichte Zuschrift des Verbandes der Ärzte Deutschlands zu Leipzig, hat der Staatssekretär des Innern, Dr. von Bethmann-Hollweg folgende Antwort erteilt:

Die Eingabe des Vorstandes des Verbandes der Ärzte Deutschlands vom 18. Februar will ich nicht ohne Erwiderung lassen. — Die Fürsorge, welche die Reichsverwaltung, insbesondere die von mir geleitete Behörde, an Hand der Reichsgesetze dem Gesundheitswesen und dem ärztlichen Stand angedeihen läßt, entbehrt mich des Beweises, daß die Verhältnisse und die Schwierigkeiten des ärztlichen Berufes hier bekannt sind und in dem Streben nach Hilfe vollausgewirkt werden. Der Anteil, der den deutschen Ärzten an der Lösung des sozialen Problems zufällt, und die Verdienste, die sie sich dabei erworben haben, liegen vor Jedermanns Augen. Mit Besorgnis sehe ich indessen, daß der Klagengehalt unserer Tage die Erfüllung dieser bedeutungsvollen Aufgabe gefährdet. Allerdings erlöst nach wie vor die deutsche Ärzteschaft in ihrem Kern den vornehmsten Zweck ihres Berufes in der freien Ausübung der Wissenschaft zum Wohle der leidenden Menschheit. Aber in der Geltendmachung der materiellen Interessen, die infolge der Krankenlastengesetzgebung mehr als früher in den Vordergrund gedrängt worden ist, hat sich mancher Orten eine Schärfe auf Seiten der Ärzte entwickelt, die die Ideale der Berufsauffassung trübt. Wenn ärztliche Vereinigungen die Abnahme des Ehrenwortes benutzen, um den einzelnen Arzt zu verpflichten, die ärztliche

Behandlung von der Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Forderungen abhängig zu machen, und wenn sie dem Arzt, der sich nicht fügen will, eine ehrengerichtliche Verfolgung in Aussicht stellen, so werden damit nicht nur für die Allgemeinheit, sondern auch für den ärztlichen Stand ernste Gefahren heraufbeschworen. Nicht der stähler Streif, welchen ich sowohl in meiner Reichstagsrede vom 9. Februar von der Erörterung ausgeschlossen habe, und auch nicht die Rechtsprechung der Ehrengerichte, sondern die gesamte neue Entwicklung hat mich zu der wohlbedachten Mahnung und Warnung veranlaßt, mit der ich dem wahren Vorteile der Ärzteschaft gebieten zu haben vermeine, denn nur, wenn auch im Kampfe um die Berufsinteressen die idealen Grundlagen des ärztlichen Berufes unerschüttert bleiben, wird der Arztstand den Aufgaben gegen sich selbst, gegen das Volk und den Staat gerecht werden können. — Unsere Gesetzgebung ist im Begriffe, mit der Neugestaltung der Arbeiterversicherung auch das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen auf eine festere Grundlage zu stellen. Ich vertraue, daß es dabei gelingen wird, die Berücksichtigung der ärztlichen Standes- und Ernährungsnotwendigkeiten mit dieser Hochachtung des ärztlichen Berufes zu vereinigen.

Paris, 24. Febr. Die französische Regierung erklärte sich auf Anregung Deutschlands damit einverstanden, daß die gegenwärtig an der Logo-Dahomeyergrenze zwischen dem 7. und 9. Grad nördlicher Breite bei den Grenzbestimmungsarbeiten beschäftigte deutsch-französische Kommission beauftragt werde, auch bezüglich der anderen noch strittigen Punkte zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Paris, 25. Febr. Es wird berichtet, daß die unausgeglichenen Meinungsverschiedenheit, die zwischen dem Marineminister Ricard und dem Finanzminister Caillaux über die von ersterem für die Flotte verlangten Kredite besteht, keineswegs zu einer Kabinettskrise führen werde. Für den Fall, daß der Finanzminister, der beauftragt die Forderungen des Marineministers auf die Hälfte eingeschränkt sehen möchte, auf seinem Standpunkte unumgänglich beharren sollte, ist sein Rücktritt vorauszusetzen, da die große Mehrheit der Kabinettsmitglieder sich den Ansichten des Marineministers anzuschließen scheint. Die Eventualität, daß der Rücktritt des Finanzministers auch das Ausschcheiden der Minister Briand und Viviani nach sich ziehe, wird nicht als wahrscheinlich betrachtet. Die Stellung des Kabinetts Clemenceau wird aber von dem Ausgange dieser Angelegenheit gleichfalls unberührt bleiben.

Paris, 25. Febr. Die konservativen Senatoren Riau und Admiral Cuverville haben einen Gesetzesentwurf eingebracht, wonach in Zukunft die Erwerbung von Grundstücken auf Inseln an der Küste Frankreichs und der Kolonien nur auf Grund eines besonderen Erlasses der Regierung gestattet sein soll. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, daß ein deutscher Staatsangehöriger auf der an der bretonischen Küste gelegenen Insel Rêhat, welche strategischen Wert besitzt, ausgedehnte Grundstücke und Strandflächen angekauft habe.

London, 25. Febr. Im Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär für Indien, die Regierung habe erdrückende Beweise, daß dort eine Verschwörung zum Sturze der englischen Herrschaft organisiert sei. Der allgemeine Feldzugsplan ging dahin, durch Terrorismus die Exekutive und die Handhabung der Gesetze lahm zu legen. Der Plan ist nicht gelungen. Die Regierung war berechtigt, Zwangsmittel anzuwenden und wird mit der Durchführung der Reformen fortfahren.

London, 25. Febr. Das Kabinett hat gestern über die Marineveranschlagung für das neue Etatsjahr Beschluß gefaßt. Es verlannt, die Veranschlagung jähren den Bau von vier neuen Dreadnoughts vor.

Dran, 25. Febr. Am 8. und 9. März findet vor dem hiesigen Kriegsgericht der Prozeß gegen den sogenannten Leutnant de Pal statt, welcher etwa 60 Fremdenlegionäre zur Desertion verleitet und am 14. Dezember vorigen Jahres bei Ain Sabjar einen Eisenbahnzug anhielt, mit dem er und seine Genossen in die Nähe der marokkanischen Grenze zu gelangen suchten. Außer de Pal werden noch 25 seiner Mitschuldigen vor dem Kriegsgericht erscheinen.

Konstantinopel, 25. Febr. „Adam“ erfährt, der Kriegsminister habe anlässlich der persischen Unruhen Ordre erhalten, Truppen nach Salmaz in Persien zu schicken, um die dortigen türkischen Familien zu schützen.

Verschiedenes.

Hamburg, 25. Febr. Gestern Abend brach eine auf den Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Augusta Viktoria“ führende Lauplanke, als sich etwa 20 Arbeiter darauf befanden. Von den Arbeitern, die teils ins Wasser, teils aufs Eis fielen, wurden verschiedene verletzt, darunter 4 schwer. Wie viele Personen ums Leben gekommen, konnte noch nicht festgestellt werden, da von den 600 Mann der Besatzung einige ans Land gegangen waren. Bisher sind 2 Leichen geborgen.

Hamburg, 25. Febr. Bis heute Mittag wurden an der Unglücksstelle am Kaiser-Wilhelmsquai zwei männliche Leichen gefunden.

Berlin, 24. Febr. Friedrich Spielhagen hat seinen 80. Geburtstag heute in guter Gesundheit und geistiger Frische gefeiert.

Magdeburg, 25. Febr. Hier haben sich 80 Familien bereit erklärt, Kinder aus dem Ueberschwemmungsgebiet der Altmärk in Pflege zu nehmen.

Paris, 25. Febr. Aus Teneriffa wird dem „Petit Temps“ berichtet, daß eine Varte, in welcher sich drei Brüder, die Bringen Kasimir, Leo und Alexander Sapieha befanden, unglücklich. Kasimir Sapieha erkrankt, die beiden anderen wurden gerettet.

Paris, 25. Febr. Dem „Journal“ zufolge hat Richard Strauß infolge der Krise an der Pariser Großen Oper seinen Verleger beauftragt, die Direktoren Broutan und Mesfager zu verständigen, daß er die Erlaubnis zur Aufführung seines musikalischen Dramas „Salome“ zurückziehe.

Paris, 25. Febr. In Lens wurden infolge von blutigen Märfereien unter den Arbeitern 129 Männer und 32 Frauen, die durchweg belgischer Nationalität sind, in Haft genommen.

Paris, 25. Febr. An der Riviera trat gestern Abend starker Schneefall ein. Es herrschte dort heftiger Frost.

Gannes, 25. Febr. Isabella Kaiser, die bekannte Dichterin, ist hier, wo sie sich einer Blinddarmerkrankung unterziehen mußte, gestorben. Sie war in Badenried am Biedersteinersee 1866 geboren, wo sie auch wohnte. Sie ist Verfasserin von Gedichtsammlungen und gab dieselben in

deutscher und französischer Sprache heraus. Von ihren Romanen nennen wir: „Notre père, qui êtes aux cieux“ (auch deutsch), „Vive le roi“, „Wenn die Sonne untergeht“ und die selbstbiographische „Friedenssucherin“.

Stockholm, 24. Febr. Bei einem Brande in dem Dorfe Umea sind vier Kinder umgekommen. Der Vater wurde bei dem Versuche, sie zu retten, schwer verletzt.

Guayaquil, 23. Febr. Ein Personenzug stürzte bei Rio Pamba infolge eines Schienendefektes einen 150 Fuß hohen Abhang herunter. 25 Personen wurden getötet, 40 verletzt.

Erdbeben.

Konstantinopel, 24. Febr. Einer Depesche aus Simas zufolge wurden in Katsch-Disar durch ein Erdbeben 1500 Häuser zerstört und 37 Menschen getötet. Eine Anzahl Personen wurden verletzt. — Die Regierung hat eine Hilfsaktion eingeleitet.

Literatur.

Nachschlagebuch für Wertpapiere. Die Bankfirma Stephan Wolf & Co. in Stuttgart hat soeben ein „Nachschlagebuch für Wertpapiere“ herausgegeben, das durch seine reichhaltigen statistischen Tabellen über alle Marktgebiete in Kapitalistenkreisen mit Interesse aufgenommen werden dürfte. Die Broschüre wird auf Wunsch kostenfrei versandt.

Von der „Kolonialen Rundschau“, Monatschrift für die Interessen unserer Schutzgebiete und ihrer Bewohner (Herausgeber: Ernst Rohsen, Schriftleitung: D. Westermann) liegt das zweite Heft vor. Der Leitartikel Regearbeit in Afrika weist nach, daß unsere Kolonien eine genügend große und kräftige Bevölkerung haben, um allen Ansprüchen europäischer Unternehmungen auch für die Zukunft zu genügen. — Der in englischen Kolonialkreisen populäre Herausgeber der „African Mail“, E. D. Morel, behandelt unter dem Titel: Die Grundbedingungen europäischer Herrschaft in den Tropen die auch uns beschäftigenden schwierigen Probleme, die durch das Zusammentreffen und Nebeneinanderwohnen der weißen und schwarzen Rasse notwendig entstehen, und die zum Teil noch ihrer endgültigen Lösung harren. — Über die Arbeiterfrage spricht der frühere Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika, Leutwein. — Prof. C. Meinof veröffentlicht eine Arbeit über ideale Aufgaben in unseren Kolonien. — Den Schluß bildet ein Aufsatz von Prof. Volkens, in dem auf die große Bedeutung der Ruppölzer unserer Kolonien hingewiesen wird.

Stand der Badischen Bank

am 23. Februar 1909.

Aktiva.	
Metallbestand	10 156 862 M. 35 Pf.
Reichsflansscheine	10 370 „ —
Noten anderer Banken	1 703 970 „ —
Beschl. Bestand	19 026 021 „ 68
Lombardforderungen	16 599 140 „ —
Effekten	894 881 „ 37
Sonstige Aktiva	2 107 022 „ 59
50 498 267 M. 99 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefonds	2 250 000 „ —
Umlaufende Noten	21 760 800 „ —
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	16 393 297 „ 61
An eine Kündigungsfreit gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	1 094 170 „ 38
50 498 267 M. 99 Pf.	

Verbindlichkeiten aus weiter gegebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln 636 248 M. 99 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 26. Febr. Ab. A. 43. Ab.-Vorst. „Der Eid“, lyrisches Drama in 3 Akten von Cornelius. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Samstag, 27. Febr. Ab. C. 40. Ab.-Vorst. „Herodes und Mariamme“, Tragödie in 5 Akten von Heibel. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 28. Febr. 32. Vorst. außer Abonnement. „Die Meisterfinger von Nürnberg“, in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 8 Uhr, Ende 11 Uhr.

Montag, 1. März. 33. Vorst. außer Abonnement zu ermäßigten Preisen: „Wilhelm Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Sybr.

vom 25. Februar 1909.

Die Wetterlage ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortage, indem der Luftdruck von einem den Nordosten Europas bedeckenden Maximum aus bis zu einer jenseits der Alpen gelegenen Depression abnimmt; diese macht sich weit nach Norden hin durch veränderliches Wetter mit stellenweisen Schneefällen geltend. Bei nördlichen Winden hält in Mitteleuropa der strenge Frost an. Veränderliches, vorwiegend trockenes Frostmeter ist auch fernherhin noch zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 25. Februar, früh:

Lugano bedeckt — 3 Grad, Biarritz wolkenlos — 3 Grad, Nizza wolfig — 2 Grad, Triest (Vorasium), bedeckt — 3 Grad, Florenz Regen — 2 Grad, Rom bedeckt — 5 Grad, Brindisi wolkenlos 4 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Relat. Feucht. in Proz.	Wind	Himmel
24. Nachts 9 ^h U.	755.3	-4.8	2.3	74	NE	wolkenlos
25. Morgs. 7 ^h U.	755.2	-8.4	2.2	90	„	„
25. Mittags 2 ^h U.	754.0	-1.5	2.6	62	„	heiter

Höchste Temperatur am 24. Februar: -2.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -9.5.

Niederschlagsmenge, gemessen am 25. Februar 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 25. Februar, früh: Schufterinsel 0.71 m, gefallen 1 cm; Rehl 1.31 m, gefallen 1 cm; Marau 2.98 m, gefallen 3 cm; Mannheim 1.73 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Brauerei Schrempf

empfeht

„Fidelitas - Bier“

Jedem böhmischen hellen Bier mindestens gleichwertig
Deutsches Erzeugnis!

Karlstraße 65

X.27

Fernsprecher Nr. 12 u. Nr. 612

Montag den 1. März 1909, abends 8 Uhr,
im Museumssaal

Karlsruher Streichquartett

Deman Bühlmann Müller Schwanzara
Konzertmeister Kammermusiker Kammermusiker Kammervirtuos

III. (letzter) Abend.

Mottl, Streichquartett Fis-moll. Brahms, Klarinettenquintett.
Klarinette Herr Kammermusiker Klupp. Schubert, Streichquartett
(Tod und das Mädchen).

Eintrittskarten: Saal 3.50, 2.50, und 2.— Mk., Galerie
2.— und 1.— sind in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz,
Kaiserstraße 114 (Telephon 1850) und am Konzertabend an der
Kasse zu haben. X.408

Eintracht!

Montag den 1. März d. Js., abends 8 Uhr.

KONZERT

des blinden Violinvirtuosen **Gustav Probst**, unter Mitwirkung der Opern-
und Konzertfängerin **Frau Toni Hau-Steinmann** und des Pianisten Herrn
Otto Steinmann. — Billets: num. 3 und 2 Mk., unnum. 1 Mk., Galerie
u. Stehplatz 50 Pf. sind an der Abendkasse zu haben. X.373.2.1



Residenz-Theater

Waldstraße 30.

Programm von Samstag, 27. Februar bis einschl. Freitag, 5. März.

Strahlen und Schatten. Großartiges Natur-

bild (Sonnenaufgang und Sonnenuntergang, auf-

genommen auf dem mittelländischen Meere).

Dr. Fliegers Erfindung. (Humor.) **O Zitter-**

bart, o Zitterbart. (Kegelszene aus

„Evangelium“, Tonbild.) **Im Schnee ver-**

loren. (Ergreifendes Drama.) Der Ort der

Handlung ist Grindelwald, ein kleines Dorf in

der Schweiz unweit des Faulhorns, des Wetter-

horns und der Jungfrau. Großartige Winterland-

schaft. **Der Esel der Hexe.** (Märchen in

wunderbaren Farben.) **Der kreuzfidele**

Kupferschmied. (Tonbild.) **Verwertung**

der Schlagenhäute in Java. (Einzig

existierendes Bild dieser Art, hochinteressant u.

lehrreich.) **Wie Schulze zu einem neuen**

Anzug kommt. (Sehr erheitend.)

Unser

Nachschlagebuch für Wertpapiere

X.426

pro 1909

mit wichtigen statistischen Angaben der hauptsächlichsten in
Betracht kommenden in- und ausländischen Wertpapiere
wird an Interessenten **kostenfrei versandt**

Stefan Wolf & Co., Bankgeschäft, Stuttgart

Telephon Nr. 7847 und 7848

Fahrrad-Reparaturwerkstätte

P. Eberhardt

Amalienstr. 18, Tel. 1304

empfeht sich zur Uebernahme sämtlicher
Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zur gründlichen
Reinigung und Instandsetzung steht beste
Gelegenheit. — Emaillierung,
Vernickelung. — Neue Pneumatik
und Zubehörteile allerbillig. — Frei-
lauf-Einrichtung für alle Fabrikate.
Die Räder werden abgeholt und wie-
der zugestellt. Alle Aufträge werden
prompt erledigt. X.240

Zu verkaufen:
Annal. der badisch. Gerichte.
1875—89.
Badische Rechtspraxis.
1899—1906.
Zachariae, Franz, Zivilr. 6. Aufl.
Heinsheimer, deutsch-bürger-
liches u. bad. Recht.
Hachenburg, Vorträge, Bür-
lich. Gef.-B.
Angebote unter X 431 an die Exp.
d. Blattes. 2.1

Stühle
werden dauerhaft geschliffen und
repariert. Stuhlflechterei
Fr. Ernst, Adlerstraße 3.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Austellung einer Klage.
X.375.2.2. Nr. 2155. Eppingen.
Der Tagelöhner Marx App Ge-
frau, Luise geborene Götter in Sulz-
feld, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsagent
Karl hier, klagt gegen den Schlosser
Jakob Becker, z. Zt. an unbekanntem
Orten abwesend, früher zu Sulz-
feld unter der Behauptung, daß der
Beklagte auf Grund der Nachlassver-
handlungen auf Ableben des Wagners
Johann Heinrich Becker von Sulz-
feld vom 29. Juni 1888 der Klägerin
eine jährliche Leibgebührente von 6 M.
Schulde und mit deren Zahlung er seit
23. April 1904 im Rückstand sei, auf
Zahlung von 24 M. nebst 4% Zinsen
seit dem Aufstellungstage, sowie je
weiteren 6 M. jährlicher Leibgebüh-
rente, je am 23. April der Jahre 1909
und folgende bis zum Ableben der
Klägerin.
Die Klägerin laßt den Beklagten
zur mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor das Großh. Amtsgericht zu
Eppingen auf
Dienstag den 20. April 1909,
vormittags 8 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Aufstel-
lung wird dieser Auszug der Klage be-
kannt gemacht.
Eppingen, den 22. Februar 1909.
Kirchgeßner,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

X.439. Nr. 2749. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Karl Ge-
singer, Droß in Karlsruhe, Goethe-
straße 23, wurde heute am 24. Februar
1909, nachmittags 5 Uhr, das Konkurs-
verfahren eröffnet.
Der Kaufmann Franz Geuer hier,
Gartenstraße 39, wurde zum Konkurs-
verwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
1. Mai 1909 bei dem Gerichte anzu-
melden.
Es ist zur Beschlusfassung über
die Wahl eines anderen Verwalters,
sowie über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und eintretenden-
falls über die in § 132 der Konkurs-
ordnung bezeichneten Gegenstände auf
Samstag den 20. März 1909,
vormittags 8 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Samstag den 22. Mai 1909,
vormittags 8 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Karls-
ruhe, Akademiestraße 2 b, 3. Stock,
Zimmer Nr. 49, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Be-
sitz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemeinsschuldner zu
verabfolgen oder zu leisten, auch die
Verpflichtung auferlegt, von dem
Besitze der Sache und von den For-
derungen, für welche sie aus der
Sache abgeforderte Befriedigung in
Anspruch nehmen, dem Konkursver-
walter bis zum 1. Mai 1909 Anzeige
zu machen.
Karlsruhe, den 25. Februar 1909.
Müller,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4.

Konkursverfahren.

X.423. Nr. 1815. Mannheim.
Ueber den Nachlaß des am 9. Juni
1906, Grabenstraße Nr. 3, verstorbenen
Olivermeisters Karl Stein wurde
heute nachmittags 1 Uhr das Kon-
kursverfahren eröffnet.
Zum Konkursverwalter ist ernannt:
Rechtsanwalt Friedrich Jakob hier.
Konkursforderungen sind bis zum 20.
März 1909 bei dem Gerichte anzumel-
den und werden daher alle diejenigen,
welche an die Masse als Konkurs-
gläubiger Ansprüche machen wollen,
hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche
mit dem dafür verlangten Vorrechte bis
zu genanntem Termine entweder schrift-
lich einzureichen oder bei der Gerichts-
schreiberei zu Protokoll zu geben unter

Befügung der urkundlichen Beweis-
stücke oder einer Abschrift derselben.

Zugleich wird zur Beschlusfassung
über die Wahl eines definitiven Ver-
walters, über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und eintretenden-
falls über die in § 132 der Konkurs-
ordnung bezeichneten Gegenstände sowie
zur Prüfung der angemeldeten For-
derungen auf:
Dienstag den 23. März 1909,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht, Abt. V,
Saal D, Zimmer 114, Termin anber-
raunt.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Be-
sitz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Erben oder den Nachlassver-
walter zu verabfolgen oder zu leisten, auch
die Verpflichtung auferlegt, von dem Be-
sitz der Sache und von den Forde-
rungen, für welche sie aus der Sache
abgeforderte Befriedigung in An-
spruch nehmen, dem Konkursverwal-
ter bis zum 20. März 1909 An-
zeige zu machen.
Mannheim, den 28. Februar 1909.
Großh. Amtsgerichtsschreiberei V:
Ewald.

X.404. Nr. 6200. Offenburg.
Das Vermögen des Hermann
Maler, Mechaniker in Offen-
burg betr.

Das Konkursverfahren wird nach er-
folgter Abhaltung des Schlußtermins
und nach stattgehabter Schlußverteilung
hiermit aufgehoben.
Offenburg, den 19. Februar 1909.
Großh. Amtsgericht
anz. Rühle.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Eloß.

Vermischte Bekanntmachungen.
Bei dies. Bezirksamt ist vom 2. März
ab eine

Kanzleihilfenstelle

auf die Dauer von 30 Tagen mit einer
Tagesgehalt von 3 M. zu besetzen.
Bewerber wollen sich sofort melden.
Konstanz, den 20. Februar 1909.
Großh. Bezirksamt.
Dr. Gross. X.27

Beim dies. Bezirksamt ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der üblichen Jahresvergütung sofort
zu besetzen.
Bewerber aus der Zahl der Ver-
waltungskaufleute wollen ihre Gesuche
unter Vorlage von Dienstzeugnissen
sofort bei uns einreichen. X.428
Pfullendorf, den 24. Februar 1909.
Großh. Bezirksamt.
Wolff.

Verlojung.

Von dem 3/4. Anleihen der Stadt-
gemeinde Neustadt im Schwarzwald
vom Jahre 1899 wurden bei der Ziehung
vom 18. Februar d. Js. durch das Los
zur Heilmahlung auf 1. Oktober 1909
bestimmt.
Lit. E. Nr. 1, 11, 39, 49, 63, 64, 67
und 74 je 500 M.
Der Kapitalbetrag kann vom 1. Ok-
tober d. Js. an bei der Stadtkasse hier
in Empfang genommen werden. Die
Verzinsung hört von diesem Tage
an auf.
Neustadt, den 28. Februar 1909.
Der Gemeinderat:
Schork.

Brennholzversteigerung.

Großh. Forstamt Mittelberg (Ett-
lingen) versteigert unter den üblichen
Bedingungen
Montag, 8. März d. Js.,
vormittags 10 Uhr
im Rathaus zu Langenau, aus
Dist. V, 91, Unterwald (Forstamt
Ranz, Schelberg): 469 Ster Buchen-
Schichtholz, 82 Ster Nadel-Schichtholz,
139 Ster Buchen-Prügelholz, 32 Ster
Nadel-Prügelholz, 84 Ster Reis-Prügel,
8 Lose Schlagraum.
Aus Dist. VI, 95, 110, 115, Tann-
wald (Forstamt Fluderer, Schelberg):
657 Ster Buchen-Schichtholz, 124 Ster
Tannen-Schichtholz.
Aus Dist. VII, 119, Maisenbach
(Dom. Wd. Knoll, Pfaffenrot): 290 Ster
Forlen-Schichtholz.
Die genannten Forstamate geben auf
Wunsch Auskunft. X.429.2.1

Holzversteigerung.

Das Großh. Forstamt Emmen-
dingen versteigert mit Vorgriff am:
Dienstag, den 2. März d. Js.,
beginnend morgens 9 Uhr, in der
Brauerei Karcker in Emmendingen aus
Dist. III Hornwald: 3 Buchen 2.—4. Kl.,
54 Eichen 1.—4. Kl., 78 Tannenstämme
2.—6. Kl., 22 Tannen- und Forlen-
abschnitte 1.—3. Kl., 40 Baumstämme
aus Dist. III Hint. Tennenbacher Wald:
7 Buchen 3.—5. Kl., 17 Eichen 3.—5. Kl.,
11 Eichen 5. und 6. Kl., 32 Tannenstämme
6. Kl., 3 Föhren- und Tannenabschnitte
2. u. 3. Kl., 15 Baumstämme, 170 Hopfen-
stangen 1.—3. Kl., 265 Rebstecken und
75 Bohnenstecken, 139 Ster buchene
und 37 Ster gemischte Schetter; 49 Ster

buchene und 47 Ster gem. Prügel;
2055 buchene und gem. Wellen. Die
Versteigerung des Brennholzes beginnt
nicht vor 11 Uhr.

Mittwoch, den 3. März d. Js.,
beginnend vormittags 10.15 Uhr, im
Waldhorn auf der Bruch (Gerau):
12 Ster eichene Nadelholzschetter, 10 Ster
tannene Nadelholzrollen, 24 Ster buchene,
77 Ster eichene, 279 Ster gemischte
und 18 Ster tannene und forlene
Schetter; 209 Ster gemischte Prügel;
7200 gemischte Wellen und 30 Lose
unabundenes Reis. X.394

Das Holz wird vorgezeigt im Hin-
teren Tennenbacher Wald von Forst-
wart Drüffel in Tennenbach; im Horn-
wald von Forstwart Gutjahr in Gerau.

Aukrollen- und Brennholz- Versteigerung.

Von Großh. Forstamt Neckar-
gemünd werden aus Domänenwal-
dungen, jeweils morgens 9 1/2 Uhr be-
ginnend, im „Flug“ zu Neckar-
gemünd versteigert:

1. Donnerstag, 4. März d. Js.,
aus Dist. III, Heidenfronwald (Gemar-
kung Langenzell und Lobensfeld)
Ster: 32 Buchen Aukrollen; 571 Buchen,
42 Eichen-Schichtholz; 405 Buchen, 33
Eichen, 116 gemischte Prügelholz;
7875 Buchen- und gemischte Wellen;
4 Lose Schlagraum.

2. Freitag, den 5. März d. Js.,
aus Dist. IV, „Vohberg“ (Gemarkung
Waldwimmersbach) Ster: 47 Buchen,
144 Eichen-Schichtholz und Rollen; 17 Er-
len, 12 Birken-Rollen; 43 Buchen,
87 Eichen, 11 Erlen, 38 gemischte
Prügelholz; 5026 Buchen- und gemisch-
te Wellen; 4 Lose Birkenreißholz
auf Haufen; 2 Lose Schlagraum.

Vorgezeigt des Holzes: Forstwart
Ehner in Wiesenbach für Dist. III,
Domänenwaldwüter Feringer in Wald-
wimmersbach für Dist. IV. X.450

Vergebung von Bauarbeiten.

Für den Neubau der Gültshalle auf
dem neuen badischen Personenbahnhof
in Basel sollen die Installations-
arbeiten nach Maßgabe der Verord-
nung des Großh. Finanzministeriums
vom 3. Januar 1907 im öffentlichen
Wettbewerb vergeben werden.

Die hauptsächlichsten Arbeiten um-
fassen: bfg. 237 m Gussrohrleitungen
von 75—150 mm Lichtweite, bfg. 890 m
schweißere Leitungen, Einrichtungs-
gegenstände für Wälder, Wasraum und
Abortanlagen, bfg. 34 Stück gußeiserne
und Spangeneisenbeden, zu 14 Hydran-
ten bfg. 350 m Panfschläuche.
Die Vergabung erfolgt in 2 Losen.
Die Einfuhr der Materialien aus
Deutschland erfolgt zollfrei.

Pläne und Bedingungen sind auf
unserem Hochbauamt, Rheinstraße
191, Zimmer 14, einzusehen und da-
selbst die Arbeitsauszüge in Empfang
zu nehmen.

Die Angebote sind verschlossen, porto-
frei und mit der Aufschrift „Gültsh-
halle, Installationsarbeiten“ versehen,
spätestens bis 9. März, vormit-
tags 11 Uhr, an dem einzureichen.
Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen.
Basel, den 22. Febr. 1909. X.392
Großh. Bahnbauinspektion II.

Eisenkonstruktion.

Die Lieferung und Aufstellung des
eisernen Unterbaues für die Bahnhof-
überbrückung der Karl-Theodorstraße
in Schwetzingen, bestehend aus einem
kontinuierlichen Fachwerkträger mit 2
Öffnungen von 79,9 Meter Gesamt-
lichtweite, soll nach Maßgabe der Ver-
ordnung Großh. Ministeriums der Fi-
nanzen vom 3. Januar 1907 vergeben
werden.

Flußeisen 505 270 kg
Stahlformguß 16 900 kg
Flußstahl 2 830 kg
Pläne, Bedingnisheft und Angebots-
formulare liegen bei der unterzeta-
neten Stelle auf; gegen Einzahlung von
5 M. und 50 Pf. für Porto, auf
5,50 M. in bar, werden dieselben, so-
lange der Vorrat reicht, verhandt.

Angebote sind verschlossen und porto-
frei mit der Aufschrift „Ueberführungs-
brücke Schwetzingen“ bis zum Eröff-
nungstermin, Donnerstag, den 18.
März 1909, vormittags 10 Uhr,
hierbei einzureichen. X.409.2.1

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Heidelberg, den 24. Februar 1909.
Großh. Bahnbauinspektion II.

Gütertarif für den deutschen Seehafenverkehr mit Süd- deutschland.

Mit Gültigkeit vom 1. März l. Js.
wird die Station Neuhäusen bei Schaff-
hausen in den Ausnahmestufen § 14 für
Baumwolle, rohe usw. einbezogen.
Zum gleichen Zeitpunkt wird der Aus-
nahmestufen § 31 für Holzfall (von
reiner holzestigsaurem Kalk) von den
Seehafenstationen nach den badisch-
schweizerischen Uebergangsstationen und
der Ausnahmestufen § 37 für Holzfall
von den Seehafenstationen nach Basel
transit Westschweiz eingeführt. Nähere
Auskunft über die Höhe der Frachtsätze
und die Anwendungsbedingungen er-
teilen die beteiligten Dienststellen.
Karlsruhe, den 28. Februar 1909.
Großh. Generaldirektion. X.433